

Gianluca Rampolla/Annica Carlsson¹

Nachhaltige Nutzung und Schutz von Wasser – Ein neues Arbeitsfeld für die OSZE bei der Förderung von Sicherheit und Stabilität

Wasser und Sicherheit

Sicherheitsstudien wissen um die Interdependenz von Armut und Stabilität, und viele Überlegungen zum Konzept der „Umweltsicherheit“ haben sich über den angenommenen Kausalzusammenhang zwischen Umweltbelastung und gewaltförmigen Konflikten hinaus zu einem breiteren Verständnis von „menschlicher Sicherheit“ weiterentwickelt, einem umfassenderen Konzept, in dessen Mittelpunkt die komplexen Beziehungen zwischen Umwelt, Gesellschaft und Sicherheit stehen.

Unter den Umweltfaktoren wurden Wasserressourcen, einschließlich ihrer Verknappung, Verteilung und Qualitätsaspekte, als ein Faktor erkannt, der zu politischen Spannungen führen kann.

Seit 1950 haben die erneuerbaren Wasservorräte bei einem gleichzeitigen Anstieg der Weltbevölkerung von 2,5 Milliarden auf sechs Milliarden Menschen pro Kopf um 58 Prozent abgenommen. Nach Erkenntnissen, die anlässlich eines Symposiums des Stockholmer Internationalen Instituts für Wassermanagement (*International Water Management Institute, IWMI*) im August 2001 bekannt gegeben wurden, wird im Jahr 2025 nahezu ein Drittel der zu erwartenden Weltbevölkerung in Regionen mit extremem Wassermangel leben. Eine Milliarde Menschen hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Mit dem Bevölkerungszuwachs hat die Wassermenge, die aus Flüssen, Seen und Grundwasservorkommen entnommen wird, exponentiell zugenommen. Der dritte globale Umweltbericht (*Global Environmental Outlook 2001*) der Vereinten Nationen legt dar, dass der weltweite Wasserkreislauf mit der Nachfrage nach Wasser in den kommenden Jahrzehnten vermutlich nicht wird Schritt halten können. Expandierende landwirtschaftliche, urbane und industrielle Aktivitäten verursachen eine Verschmutzung der Quellen und verringern so die Wassermenge, die ohne aufwendige Aufarbeitung genutzt werden kann. Darüber hinaus konkurrieren Ziele der Wasserwirtschaft, für die Wasser reguliert wird, darunter die Produktion von Wasserkraft, der Hochwasserschutz und die Schifffahrt, mit den Nutzungsarten, für die Wasser aus Flüssen und Seen entnommen wird.

¹ Gianluca Rampolla und Annica Carlsson sind Berater im Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE. Die in diesem Beitrag geäußerten Standpunkte sind die der Autoren und nicht zwangsläufig die der OSZE.

Dieser Druck auf die Wasserressourcen führt zu einem Wettbewerb zwischen den verschiedenen Nutzungsarten und Nutzern sowohl innerhalb als auch zwischen Staaten.

Aaron Wolf von der Oregon State University fasst zusammen: Streitigkeiten um Wasser treten immer dann auf, wenn das Tempo der Veränderungen in einem Wassereinzugsgebiet die institutionellen Fähigkeiten, diese Veränderungen aufzufangen, übersteigt.²

Weltweit gibt es 261 Wassereinzugsgebiete, die die politischen Grenzen von zwei oder mehr Staaten überschreiten. Diese internationalen Wassereinzugsgebiete umfassen 45,3 Prozent der Landfläche der Erde, etwa 40 Prozent der Weltbevölkerung sind von ihnen abhängig; sie machen weltweit etwa 60 Prozent der Flussgebiete aus. Im OSZE-Gebiet gibt es 104 Wassereinzugsgebiete, die sich zwei oder mehr Länder teilen: 14 zwischen Kanada und den USA, 71 in Europa und 19 in Asien. Diese Wassereinzugsgebiete haben bestimmte Merkmale, die ihr Management besonders schwierig machen. Das wichtigste darunter ist, dass sie die Kooperation zwischen souveränen, unabhängigen politischen Einheiten erfordern. Ungleichheiten zwischen Anrainerstaaten – ob in der wirtschaftlichen Entwicklung, den infrastrukturellen Kapazitäten oder der politischen Orientierung – sorgen zusätzlich für ernste Komplikationen bei der Entwicklung, den Institutionen und dem Management von Wasserressourcen.

Es gibt aber auch gute Nachrichten: Obwohl Wasser der Grund für Konflikte innerhalb und zwischen Staaten ist und zunehmende Wasserverknappung Kriege um Wasser in der Zukunft wahrscheinlicher machen könnte, lehrt uns die Geschichte etwas anderes: Wasser ist häufiger der Ausgangspunkt für Kooperation als für Kriege.

Anrainerstaaten haben bei ihren Ansätzen zu regionaler Zusammenarbeit erhebliche Kreativität an den Tag gelegt, oftmals durch präventive Diplomatie, aber auch durch die Schaffung von „Körben von Vorteilen“, die Positivsummen-Zuteilungen von Wasser an verschiedene Partner und Nutzer erlauben.

Die Rolle der OSZE

Besorgt über die möglichen Bedrohungen der Stabilität, die von nichtnachhaltiger Wassernutzung ausgehen, aber auch in dem Bewusstsein, welche Möglichkeiten das Wassermanagement für die Vertrauensbildung und die Förderung erweiterter Zusammenarbeit bietet, beschlossen die OSZE-Teilnehmerstaaten, die nachhaltige Wassernutzung und den Schutz der Wasser-

2 Vgl. Aaron T. Wolf, The Importance of Regional Co-operation on Water Management for Confidence-Building: Lessons Learned, Beitrag für das Zehnte OSZE-Wirtschaftsforum, Prag, 28.-30. Mai 2002, unter: <http://www.osce.org/eea>.

qualität zum Thema des Zehnten OSZE-Wirtschaftsforums in Prag zu machen,³ das im Mai 2002 stattfand.

OSZE-Aktivitäten

Die Empfehlungen, die auf dem Wirtschaftsforum⁴ abgegeben worden waren, aufgreifend wählte das Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE (*Office of the Co-ordinator for OSCE Economic and Environmental Activities, OCEEA*) gemeinsam mit Fachorganisationen eine Reihe von Projekten aus, die sich mit Sicherheitsrisiken im Zusammenhang mit Wasser befassen und Dialog und Kooperation in Bezug auf nachhaltiges Wassermanagement fördern sollen. Die Durchführung dieser Projekte wird dazu beitragen, Frühwarnung und Konfliktverhütung zu verbessern und Vertrauensbildung und Konfliktnachsorge zu stärken.

Wasser in Zentralasien ist ein vorrangiges Thema, das insofern Anlass zur Sorge gibt, als Interessenkonflikte zwischen den verschiedenen Wassernutzungsarten und -nutzern langfristig zu einem destabilisierenden Faktor werden könnten, wenn das Problem nicht effektiv und rechtzeitig angepackt wird.⁵

Die Schlussfolgerungen zentralasiatischer Teilnehmer der Regionaltagung über Umwelt und Sicherheit, die im Januar 2003 in Aschgabad stattfand,⁶ verdeutlichen, dass die Gründe für die Diskrepanz zwischen den Möglichkeiten der Politik und ihrer tatsächlichen Umsetzung mit folgenden Problemen zusammenhängen:

- mangelnde Koordination und Kooperation zwischen Regierungen (und zwischen Gebern),
- Schwierigkeiten bei der politischen Willensbildung sowohl national (etwas zu unternehmen) als auch international (zu kooperieren),
- nicht ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten und fehlende nationale Kapazitäten,
- unvollständige Implementierung von Gesetzen und Probleme bei der Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit,
- mangelnde technologische Fähigkeiten und fehlende Überwachungs- und Datenverarbeitungssysteme,
- mangelnde internationale und regionale Expertise,
- fehlende Einbindung verschiedener Politikressorts (industrielle Entwicklung, Außenpolitik, Landwirtschaft, Umwelt).

3 Dem Zehnten Wirtschaftsforum waren drei Vorbereitungsseminare in Belgrad, Zamora (Spanien) und Baku vorangegangen.

4 Eine abgestimmte Zusammenfassung des Zehnten OSZE-Wirtschaftsforums findet sich unter: <http://www.osce.org/eea>.

5 Vgl. dazu ICG-Report, Central Asia: Water and Conflict, Asia Report Nr. 34, 30. Mai 2002.

6 Die Tagung wurde im Rahmen der Initiative „Umwelt und Sicherheit“ (s.u.) organisiert, an ihr nahmen Experten aus allen fünf zentralasiatischen Staaten teil.

Als vielleicht einzige Organisation in der Region, die in der Lage ist, den politischen Dialog zu fördern, muss die OSZE sich hier engagieren. Die OSZE kann und sollte die politische Willensbildung vorantreiben und Aktivitäten und Projekte entwickeln, die auf eine Ausweitung der Kooperation und der Koordination abzielen.

Die OSZE muss dabei auf verschiedenen Ebenen ansetzen:

1. *Auf höchster Ebene:* Die OSZE sollte zwischen den Staatschefs in Interessenkonflikten vermitteln, Kontakte und Gespräche über die entsprechenden Fragen fördern und alle Parteien an einen Tisch bringen. Nach den Erfahrungen der gescheiterten britischen OSZE-Initiative,⁷ könnte es sich als klug erweisen, zunächst einen Dialog auf bi- oder trilateraler Ebene herzustellen und ihn – hoffentlich – zu einem späteren Zeitpunkt auf die regionale Ebene auszuweiten.⁸
2. *Auf zwischenstaatlicher institutioneller Ebene:* Die OSZE sollte die Reform und Stärkung bereits bestehender zwischenstaatlicher institutioneller Mechanismen unterstützen.
3. *Auf nationaler Ebene:* Die OSZE sollte sich an die entsprechenden Behörden und Einrichtungen wenden mit dem Ziel, das Problembewusstsein zu erhöhen, Prioritäten, Interessen und Bedürfnisse zu ermitteln und festzulegen, um so einen Prozess in Gang zu setzen, in dessen Verlauf die Parteien in der Region von ihren historischen oder anders definierten „Rechten“ abrücken und auf der Grundlage ihrer „Bedürfnisse“ und „Interessen“ zu verhandeln beginnen.
4. *Auf lokale Ebene/an der Basis:* Die OSZE sollte auch hier das Problembewusstsein erhöhen, Kompetenz in der Zivilgesellschaft und in lokalen Behörden aufbauen (um z.B. die Beteiligung der Öffentlichkeit an Entscheidungsprozessen zu stärken) und Projekte, die etwas bewegen und Vertrauen schaffen, fördern (z.B. zwischen Grenzregionen).

Gemeinsam mit der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (*United Nations Economic Commission for Europe, UNECE*) unterstützt das OCEEA Kirgisistan und Kasachstan bei der Einrichtung einer zwischenstaatlichen Wasserkommission für die Flüsse Tschu und Talas. Die Durchführung dieses Projekts würde nicht nur dazu beitragen, dass sich die Zusammenarbeit zwischen Kirgisistan und Kasachstan im Falle der Flüsse

7 Großbritannien ergriff im Jahr 2000 unter der Schirmherrschaft der OSZE die Initiative, eine Regionalkonferenz über Wasserfragen zu organisieren. Die Initiative schlug fehl, da Turkmenistan und Usbekistan sich trotz der Werbung der damaligen Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, der österreichischen Außenministerin Benita Ferrero-Waldner, für die Veranstaltung anlässlich einer Reise in die Region weigerten daran teilzunehmen.

8 Es gilt zunächst gemeinsame Interessengebiete zum Aufbau von Zusammenarbeit zu finden, die zur Illustration bewährter Praktiken genutzt werden können, wie beispielsweise im Falle des laufenden Projekts von OSZE und UNECE, das Kirgisistan und Kasachstan bei der Einrichtung einer zwischenstaatlichen Wasserkommission für die Flüsse Tschu und Talas hilft (s.u.).

Tschu und Talas verbessert, sondern könnte auch der gesamten Region als Beispiel dafür dienen, wie die Kooperation in Bezug auf grenzüberschreitende Gewässer verbessert und zum Vorteil aller gestaltet werden kann.

Kasten 1: Die gemeinsame kirgisisch-kasachische Wasserkommission

Im Februar 2002 richteten die Regierungen Kirgisistans und Kasachstans ein Ersuchen um Unterstützung bei der Einrichtung einer intergouvernementalen grenzüberschreitenden Wasserkommission an die VN-Wirtschaftskommission für Europa (UNECE) und die VN-Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (UNESCAP). Die Hilfe sollte die Erarbeitung der Satzung der Kommission und andere Tätigkeiten zur wirksamen Implementierung des intergouvernementalen grenzüberschreitenden Wasserabkommens umfassen. Die UNECE bat die OSZE auf dem Prager Wirtschaftsforum um Unterstützung bei der Einrichtung einer solchen Kommission.

Das Projekt zielt auf gute Regierungsführung beim Management gemeinsamer Wasserressourcen zwischen Kirgisistan und Kasachstan durch die Entwicklung institutioneller Vereinbarungen, Strategien und Verfahren sowie den Kapazitätsaufbau für die effektive Implementierung des von beiden Staaten unterzeichneten grenzüberschreitenden Wasserübereinkommens ab.

Erstens wird das Projekt bei der Formulierung der Satzung und der Verfahrensregeln der gemeinsamen Kommission durch eine Serie informeller Treffen und Erkundungsmissionen in die Region sowie Verhandlungsrunden Unterstützung leisten. Mit den jeweiligen Behörden Kirgisistans und Kasachstans und den wichtigsten Interessenvertretern aus der Region werden Treffen unter Beteiligung von Vertretern der VN, der OSZE und Projektberatern veranstaltet. Im Rahmen des Projekts werden die Satzung und die Verfahrensregeln und Verfahren erarbeitet und von den Parteien verabschiedet.

Zweitens wird das Projekt die Entwicklung von Strategien und Instrumenten ebenso wie den Aufbau von Kapazitäten der Kommission zur Inkraftsetzung und wirksamen Implementierung des Abkommens sowohl durch Exkursionen, während derer ihre Mitglieder mit Vertretern grenzüberschreitender Wasserkommissionen in anderen Regionen Europas und Asiens zusammentreffen, als auch durch die Veröffentlichung einer Broschüre über die Kommission und eines Prospekts, der ins Internet gestellt wird, aber auch gedruckt erscheinen soll, fördern. Darüber hinaus werden auf Bedürfnisse der Sachverständigen, die mit der Implementierung des Abkommens befasst sind, zugeschnittene Schulungen angeboten.

Drittens werden eine wirtschaftliche Gesamtanalyse der Wasserressourcen vorgenommen und Politikempfehlungen zur Entwicklung wirtschaftlicher Instrumente für ein nachhaltiges Management grenzüberschreitender Wasservorkommen erarbeitet. Die Ergebnisse der Studie sollen als Bericht in englischer und russischer Sprache veröffentlicht werden.

Die Regierungen Schwedens und Großbritanniens haben sich zur Bereitstellung von 50.000 Euro zur Deckung der Kosten des Projekts verpflichtet, dessen operative Phase Anfang des Jahres 2003 begonnen hat.

Darüber hinaus organisierte die OSZE zusammen mit der in der usbekischen Hauptstadt Taschkent ansässigen *Interstate Commission for Water Co-ordination* (ICWC) Anfang des Jahres 2003 einen einwöchigen Workshop, der

sich mit Bewässerungsfragen befasste. Der Workshop bot Regierungsbeamten und NGO-Vertretern aus den fünf zentralasiatischen Staaten ein Forum zur Erörterung von Bewässerungsfragen und von Möglichkeiten, wie sich die Bewässerungsmethoden in den einzelnen Ländern verbessern lassen. Bewässerungsfragen wurden in dem größeren Kontext vernünftiger Methoden des Wassermanagements in Zentralasien behandelt.

Im Südkaukasus versucht das OCEEA, Kooperation beim Wassermanagement als vertrauensbildende Maßnahme zu fördern.

Gegenwärtig gibt es keine institutionellen Mechanismen oder rechtlichen Instrumente für das Wassermanagement im Kura-Araks-Becken und keine Mechanismen für das Management von Grundwasservorkommen. Daten, die zudem häufig veraltet sind, stehen nur in begrenztem Umfang zu Verfügung, der Grad der Verschmutzung ist hoch.

Die OSZE und das NATO-Programm „Wissenschaft für den Frieden“ (*Science for Peace Programme*) haben sich zusammengeschlossen und unterstützen das Flussüberwachungsprojekt im Südkaukasus (*South Caucasus River Monitoring Project*), um Lücken in den einheitlichen Wasserstandards zu schließen, einheitliche internationale Standards in der gesamten Region einzuführen und regionale Wasserüberwachungssysteme und Datenbanken neu einzurichten.

Kasten 2: NATO-OSZE-Projekt zur Flussüberwachung im Südkaukasus

Das NATO-OSZE-Projekt zur Flussüberwachung im Südkaukasus ist seit über zwei Jahren im Planungsstadium. Es befasst sich mit der parallelen Überwachung von Wasserressourcen (an 30 Stellen in jedem der drei Länder des Südkaukasus im Kura-Araks-Flusssystem) mit dem Ziel, die lokalen technischen Fähigkeiten zu erhöhen, standardisierte Techniken zur Probenentnahme sowie Analyseverfahren und Verfahren zur Datenverwaltung einzuführen und eine Internet-gestützte Datenbank aufzubauen. Zu den Methoden gehören die Vorbereitung auf Proben- und Datensammlung, Schulung, Laboranalysen und Datenverwaltung sowie die Entwicklung von Systemen und Infrastruktur für das Management von Wassereinzugsgebieten. Die Daten werden auf einer von der University of New Mexico betriebenen Website veröffentlicht und sind frei zugänglich.

Das NATO-Programm „Wissenschaft für den Frieden“ (*NATO Science for Peace Programme*) hat die Finanzierung des Projekts bewilligt und die Unterstützung der OSZE erbeten. Das NATO-Programm wird 433.000 Euro für eine Laufzeit von drei Jahren zur Verfügung stellen, die den größten Teil des Projekthaushalts ausmachen. Die OSZE wird dank der Mittel in Höhe von 55.000 Euro, die die schwedische Regierung bereitgestellt hat, sowie dank der 75.000 US-Dollar von Statoil zu den zusätzlichen Kosten beitragen, die nicht im Hauptetat enthalten sind und nicht von der NATO übernommen werden. Die Zusatzmittel dienen der Finanzierung von Schulungsmaßnahmen und Honoraren für Wissenschaftler und belaufen sich für drei Jahre auf einen Gesamtumfang von 283.000 Euro. Das OCEEA ist noch dabei, die restlichen benötigten Mittel einzuwerben.

Die operative Phase des Projekts hat im November 2002 begonnen.

„Die Entwicklung eines Systems zum Austausch von Informationen zum Wassermanagement trägt“ – so NATO-Berater Ferenc László – „zur wirtschaftlichen und politischen Stabilität, zu Sicherheit und Frieden im Südkaukasus bei.“

Des Weiteren schlug die OSZE auf einem gemeinsam mit USAID in Tiflis im November 2002 veranstalteten Treffen die Einrichtung einer Koordinierungsgruppe für Wassermanagement im Südkaukasus (*South Caucasus Water Management Co-ordination Group*) vor. Die Koordinierungsgruppe soll als Beratungsorgan fungieren und sich aus Vertretern der Regierungen Armeniens, Aserbaidshans und Georgiens, der internationalen Gebergemeinschaft, der internationalen Organisationen und der Partner, die an der Implementierung regionaler Wasserprojekte im Südkaukasus arbeiten, zusammensetzen. Der Vorschlag sollte als Prozess verstanden werden, der nach und nach vom derzeitigen unilateralen Handeln über Phasen der Koordination und Kooperation letztlich – hoffentlich – zu einem regionalen Wassermanagement führt.

Rolle und Funktion der Koordinierungsgruppe für Wassermanagement im Südkaukasus wäre es,

- a. einen rechtzeitigen und reibungslosen Informationsfluss über abgeschlossene, laufende und geplante Programme und Projekte zwischen den Mitgliedern der Gruppe zu gewährleisten,
- b. die Koordination der Geberinitiativen zu erleichtern mit dem Ziel, Komplementarität und Synergieeffekten sicherzustellen und Doppelungen zu vermeiden, sowie
- c. Empfehlungen an die jeweiligen Geberorganisationen bzw. Regierungsvertreter in Bezug auf Handlungsprioritäten in Gebieten, die im Wassersektor Hilfe benötigen, abzugeben.

Der Vorschlag wurde in drei nationalen Workshops in Baku, Jerewan und Tiflis im Februar 2003 diskutiert. Die Diskussion wurde auf regionaler Ebene kurz nach der fünften Europäischen Umweltministerkonferenz „Umwelt für Europa“ im Mai 2003 in Kiew fortgesetzt.

In Osteuropa (Belarus, Ukraine und Moldau) ist das Ziel des OCEEA, durch Initiativen im Wassersektor grenzüberschreitende Kooperation zu fördern und Vertrauen zu schaffen.

Die OSZE unterstützt die regionale Zusammenarbeit beim Management des Dnjestr-Einzugsgebiets und versucht, Prinzipien des Integrierten Wassermanagements (*Integrated Water Resources Management*) in der Region einzuführen und durchzusetzen.

Die OSZE ist gemeinsam mit der UNECE bestrebt, die Diskussion über den gegenwärtigen rechtlichen Status der Beziehungen zwischen Moldau und der Ukraine in Fragen grenzüberschreitender Gewässer zu erleichtern, und unterstützt die endgültige Ausarbeitung, Unterzeichnung und Ratifizierung einer

Dnjestr-Konvention. Dazu sollen zunächst eine sorgfältige Bestandsaufnahme der gegenwärtigen rechtlichen Regelungen in Bezug auf das Flusseinzugsgebiet mit anschließender Bewertung sowie eine Untersuchung der derzeitigen Nutzungsarten und Belastungen des Flusses und seines Einzugsgebiets vorgenommen werden. Dabei wird insbesondere darauf geachtet, den Prozess transparent zu gestalten und die Zivilgesellschaft sowie die Bewohner des Flusseinzugsgebiets daran zu beteiligen, um so ein Beispiel für die Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Beschlussfassung in Umweltfragen zu geben.

In der Ukraine initiierte der OSZE-Projekt Koordinator gemeinsam mit dem ukrainischen Umweltministerium und dem staatlichen Komitee für Wassermanagement im März 2002 das Projekt „Einführung und Implementierung der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie in der Ukraine“.

Im Rahmen des Projekts wurden die EU-Wasser-Rahmenrichtlinie ins Ukrainische und ins Russische übersetzt und eine vergleichende Analyse der ukrainischen Vorschriften für das Wassermanagement erarbeitet. Außerdem wurde eine Informationsschrift „Die EU-Wasser-Rahmenrichtlinie und die Ukraine“ mit allgemeinen Informationen über die EU-Richtlinie und die ukrainische Gesetzgebung im Bereich der Wasserwirtschaft und des Gewässerschutzes veröffentlicht. Diese Materialien wurden während zweier Workshops verteilt, um sie den ukrainischen Behörden auf staatlicher und lokaler Ebene, der ukrainischen Öffentlichkeit und NGOs vorzustellen.

Während der Workshops äußerten Vertreter anderer osteuropäische Staaten Interesse an der Entwicklung ähnlicher Projekte. Möglichkeiten, ein solches Projekt durch die Zusammenstellung und Verbreitung der Erfahrungen mit Vorschriften zum Wassermanagement auf die GUS-Region insgesamt zu übertragen und Parallelen zur laufenden Implementierung der Wasser-Rahmenrichtlinie in der EU zu ziehen, werden derzeit diskutiert.

In Belarus hat die kürzlich wiedereröffnete OSZE-Mission Kontakt zu Regierungsvertretern und akademischen und wissenschaftlichen Einrichtungen aufgenommen, um sich auf Prioritäten bei der zukünftigen Zusammenarbeit zu verständigen. Zu den vereinbarten Prioritäten gehören Aktivitäten in folgenden Bereichen: Vermittlung von Grundsätzen des Wassermanagements und der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie an belarussische Entscheidungsträger und Experten, Aufbau regionaler Umweltnetzwerke und ihre mögliche Integration in europäische Umweltnetzwerke sowie Umweltschulung für Studenten, Richter und Medien.

Auch in Südosteuropa fördert das OCEEA als Beitrag zur regionalen Stabilität und zur Versöhnung die Zusammenarbeit beim Wassermanagement.

Unter der Schirmherrschaft des Stabilitätspakts für Südosteuropa unterzeichneten die vier Anrainerstaaten der Save, die Republik Kroatien, Bosnien und Herzegowina, die Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) und die Republik Slowenien, am 4. Dezember 2002 ein Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit im Flussgebiet der Save.

Zur Implementierung der Bestimmungen des Rahmenabkommens wurde ein Aktionsplan entwickelt. Zweck des Aktionsplans ist es, einen Rahmen für die Ermittlung, Prioritäten- und Terminsetzung sowie die Durchführung der erforderlichen Tätigkeiten und Projekte zur Umsetzung des Rahmenabkommens über die Zusammenarbeit im Flussgebiet der Save zu bieten. Die Ausarbeitung von Protokollen ist der Schlüssel zum Erfolg bei der Implementierung des Abkommens und erfordert einige Anstrengungen bei der Vermittlung zwischen den jeweiligen Interessen.

Die nach Artikel 15 des Rahmenabkommens eingerichtete Internationale Kommission für das Save-Becken trat erstmals am 2. und 3. April in Wien zusammen. Das Treffen wurde von der Südosteuropäischen Kooperationsinitiative (SECI) arrangiert, das OCEEA fungierte als Gastgeber.

Die OSZE erwägt auch die Entwicklung eines Projekts zur Unterstützung des Kapazitätsaufbaus auf lokaler bzw. Gemeindeebene für Grenzgemeinden entlang der Save.

Nach Beratung mit der EU-Kommission (Generaldirektion Außenbeziehungen) und der dänischen Umweltschutzbehörde, die die Initiative im Namen der EU leitet, sagte das OCEEA zu, sich an der Entwicklung der EU-Wasserinitiative „Strategische Partnerschaft ‚Wasser für nachhaltige Entwicklung‘ in Osteuropa, dem Kaukasus und Zentralasien“ durch die Erweiterung der Sicherheitsdimension von Integriertem Wassermanagement zu beteiligen. Das OCEEA wird dabei mit den zwölf GUS-Staaten, der EU und Partnerorganisationen bei der Durchführung der Initiative zusammenarbeiten, indem es seine Erfahrung und seine Expertise einbringt, aber auch durch die OSZE-Feldoperationen und indem es seine eigenen Tätigkeiten in das Programm integriert. Das OCEEA ist davon überzeugt, dass eine bessere Koordination laufender und geplanter Projekt notwendig ist, will man Synergieeffekte erzielen und die vorhandenen Geldmittel effizienter nutzen, um so nachhaltige Entwicklung zu fördern und sich mit Problemen des Wassermanagements auseinander zu setzen, die gleichermaßen eine Bedrohung der Stabilität, aber auch ein Beitrag zur Vertrauensbildung sein können.

Schließlich leiten OSZE, UNDP und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) ein Projekt zur Förderung der Zusammenarbeit im Umweltmanagement, um so Kooperation und Sicherheit in Südosteuropa und Zentralasien insgesamt zu fördern.⁹

Wasser ist aufgrund seiner entscheidenden Bedeutung einer der Hauptschwerpunkte des Projekts. Das Projekt steht kurz vor Abschluss seiner ersten Phase, in der Umwelt- und Sicherheitskrisenherde ermittelt wurden. Das Programm soll danach in eine zweite Phase eintreten, in der eine Reihe von Aktivitäten und Projekten zur Lösung der in der ersten Phase ermittelten Probleme entwickelt und durchgeführt werden, die es der OSZE gleichzeitig ermöglichen, im Bereich Umwelt und Sicherheit tätig zu werden. Die drei

9 Weitere Informationen zur Initiative „Umwelt und Sicherheit“ unter: <http://www.envsec.org>.

Partnerorganisation beabsichtigen ein Arbeitsprogramm zu entwickeln und Probleme in Angriff zu nehmen, die als Sicherheitsbedrohungen ausgemacht worden sind. Das Arbeitsprogramm soll sich auf folgende Pfeiler stützen:

- *Vulnerabilitätsanalyse, Frühwarnung und Überwachung:* Fortsetzung und Verstärkung der Bewertung der Sachverhalte, die als Bedrohungen identifiziert wurden, Beginn einer umfassenden Kampagne zur Bewusstseinsbildung und Kommunikation durch Veröffentlichungen und Verteilung, Schulung und Ausbildung, Beratung und Dialog; die Vulnerabilitätsanalyse, die Entwicklung geeigneter Indikatoren, die Einrichtung einer integrierten Datenbank und der Aufbau eines langfristigen Überwachungssystems sollen ermöglicht und gefördert werden.
- *Entwicklung und Implementierung einer integrierten Politik:* Förderung der Einbeziehung von Verbindungen zwischen Konflikt und Umwelt in das Gesamtspektrum der Strategien und Programme von multilateralen Umweltabkommen und Aktivitäten zur Konfliktverhütung über nationale, regionale, und sektorale Umweltpläne und -analysen bis hin zum gleichzeitigen Aufbau von Verbindungen mit anderen Evaluierungsprojekten, wissenschaftlichen Netzwerken und politischen Programmen.
- *Institutionelle Entwicklung, Kapazitätsaufbau und Lobbyarbeit:* Förderung regionaler, nationaler und zivilgesellschaftlicher Programme zur Stärkung institutioneller und individueller Fähigkeiten zur Verhütung und friedlichen Lösung von Streitigkeiten sowie Nutzung der Zusammenarbeit im Umweltbereich zur Stärkung der sozioökonomischen Entwicklung; dies soll durch informelle und formelle Mechanismen der Streitbeilegung und friedensschaffende Maßnahmen, durch wachsenden Zugang zu und Austausch von Informationen und durch die Umsetzung von Schulungsprogrammen für die Interessengruppen realisiert werden.

Lehren und Erfahrungen

Im Zuge dieses Prozesses hat das OCEEA eine Reihe von Erfahrungen gemacht, von denen es sich bei seiner Arbeit an der Entwicklung eines strukturierteren Ansatzes bei der Behandlung von Wasser- und Sicherheitsfragen in Zukunft leiten lassen wird.

Streitigkeiten über Wasserressourcen können in Kombination mit anderen Faktoren wie beispielsweise Armut, Ungleichheit und Diskriminierung Spannungen verursachen und letztlich Konflikte auslösen. Gleichzeitig kann Zusammenarbeit beim Wassermanagement aber auch ein Faktor sein, der zur Lösung umfassenderer politischer Streitigkeiten beiträgt.

Institutionen wie Flusskommissionen sind wichtig, und sie müssen in der Lage sein, Veränderungen – sowohl politische als auch ökologische – aufzufangen.

Wasser kann zu einem Katalysator für Kooperation werden, weil es den Aufbau technischer, persönlicher und schließlich politischer Beziehungen zwischen den Parteien ermöglicht.

Solange die Parteien ihre Positionen anhand ihrer „Rechte“ definieren, können in Wasserstreitigkeiten keine Übereinkünfte erzielt werden. Erst wenn die Konfliktparteien von ihren historischen oder anders definierten Rechten abrücken und auf der Grundlage ihrer „Bedürfnisse“ und „Interessen“ zu verhandeln beginnen, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, zu Übereinkünften zu gelangen.

Ein regionaler Ansatz in technischen Fragen kann die Lösung bilateraler politischer Streitigkeiten erleichtern. Multilateralismus kann ein geeigneter Rahmen für die Beratung von Fragen sein, die später in diesem Rahmen bilateral gelöst werden können.

Ein multilateraler Ansatz kann die Grundlage für einen gemeinsamen Nenner, persönliche Bekanntschaften und vertrauensbildende Maßnahmen sein.

Last, but not least, muss Wasser im politischen Kontext internationaler Beziehungen gesehen werden. Lösungen von Wasserproblemen, die diesen Kontext außer Acht lassen, haben nur begrenzte Chancen auf dauerhafte Ergebnisse.